

Bericht	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	208 - Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Gerhard Meier 563 29 18 563 50 09 gerhard.meier@stadt.wuppertal.de
	Datum:	03.08.2007
	Drucks.-Nr.:	VO/0659/07 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
21.08.2007	Jugendhilfeausschuss	Entgegennahme o. B.
Sicherung des Kindeswohls		
hier: aktueller Bericht über die im Jugendamt eingegangenen Meldungen Dritter		

Grund der Vorlage

Notwendige Information des Jugendhilfeausschusses

Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Anfang November des vergangenen Jahres sind die Meldungen zur Kindeswohlgefährdung für den Zeitraum 01.04. – 29.10.06 erstmals erfasst worden. Das Ergebnis hat die Verwaltung veranlasst, die Meldungen ab Januar 2007 regelmäßig zu erfassen. Die Entscheidung erfolgte auch vor dem Hintergrund, dass die Meldungen im Nov./Dez. 2006 deutlich angestiegen sind. Offensichtlich hat sich durch die spektakulären Fälle von Kindeswohlvernachlässigung und der ausführlichen Berichterstattung in den Medien die öffentliche Wahrnehmung verändert. Es ist seitdem eine deutlich höhere Aufmerksamkeit festzustellen.

Die Erhebungen zeigen folgende Ergebnisse:

	2006 01.04. bis 29.10.	1. Quartal 2007	2. Quartal 2007
BSD 1	19	11	15
BSD 2	26	21	25
BSD 3	9	23	11
BSD 4	38	46	35
BSD 5	24	20	69
BSD 6	39	45	50
BSD 7	103	45	31
Summe	258	211	236

Im Ergebnis hat sich die Zahl der Meldungen in 2007 gegenüber 2006 verdoppelt.

Um eine bessere Bewertung vornehmen zu können, wurden die Meldungen nach § 8 a KJHG im zweiten Quartal 2007 weiter differenziert:

2. Quartal 2007					
	Meld.von Privatpers.	Meldung Institution	Meldung Polizei	Fall bekannt	Maßnahmen eingeleitet
BSD 1	7	6	2	9	5
BSD 2	6	15	4	7	6
BSD 3	3	7	1	6	2
BSD 4	10	17	8	18	15
BSD 5	31	32	6	23	17
BSD 6	18	30	2	4	1
BSD 7	8	14	9	19	10
Summe	83	121	32	86	56
	zusammen 236				

Danach gingen 236 Meldungen während der normalen Bürozeiten der Bezirkssozialdienste ein. Der größte Anteil von 121 entfiel auf Institutionen, z. B. Schulen, Kindergärten, sozialen Einrichtungen. Immerhin 86 Meldungen kamen direkt von Privatpersonen, 32 von der Polizei.

Ein Teil der gemeldeten Familien war den Bezirkssozialdiensten bereits bekannt (86). In immerhin 56 Fällen mussten neue Hilfen/Maßnahmen eingeleitet werden. Bei den verbleibenden Fällen war entweder keine Hilfe notwendig oder es wurde/wird durch die Fachkräfte des Bezirkssozialdienste Beratung geleistet.

Die gewachsene Aufmerksamkeit für eine mögliche Gefährdung von Kindern und Jugendlichen ist ausdrücklich positiv zu bewerten, können dadurch in vielen Fällen früher und rechtzeitig notwendige Hilfen/Maßnahmen eingeleitet werden. Nicht unerwähnt bleiben kann aber auch die sich ergebende zusätzliche Belastung der zuständigen Mitarbeiter/innen und des Budgets.